

Europäisches Parlament stimmt Wiederaufbaufonds zu

Der EU-Wiederaufbaufonds „Next Generation“ ist ein großer Erfolg und eine Richtungsentscheidung für die nächsten Jahre. Der 750 Milliarden-Euro-Fonds, der neben Zuschüssen auch die gemeinsame Aufnahme von Schulden zur Überwindung der Krise enthält, zeigt, dass Europa in der Pandemie zusammensteht und es einen solidarischen Weg aus der Krise gibt. So ein Programm wäre noch vor einem Jahr undenkbar gewesen.

Die Hilfen vermindern die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise und setzen gleichzeitig Anreize für mehr Klimaschutz und Digitalisierung. Um Unterstützung zu erhalten, müssen die EU-Mitgliedstaaten Aufbaupläne ausarbeiten.

Darin schlagen sie Reformen und öffentliche Investitionsvorhaben vor, die bis 2026 umgesetzt werden könnten. Die Kommission bewertet die Pläne und unterbreitet dem Rat einen Vorschlag über die Höhe der Zuschüsse und Darlehen an jedes Land sowie über die zu erreichenden Etappenziele und Zielwerte. Der Rat muss dann die Pläne annehmen.

Gestern (10. Februar) fand außerdem die Plenardebatte über die EU-Impfstrategie mit Ursula von der Leyen statt. Echte Selbstkritik ließ die Kommissionspräsidentin dabei wieder einmal vermissen und die Lösungsansätze blieben hinreichend unkonkret. Für mich ist klar, dass der einzige Weg nach vorne eine schnelle und gut koordinierte Impfstrategie auf globaler Ebene, mit einer Erhöhung der Produktionskapazitäten und einer Verteilung nach dem tatsächlichen Bedarf, nicht nach der Größe des Geldbeutels eines Landes, sein muss. Gefährdete Menschen und Beschäftigte im Gesundheits- und Pflegesektor sollen zuerst geimpft werden, egal wo auf der Welt sie leben.

Multilaterale Initiativen wie COVAX (Covid-19 Vaccines Global Access), die sich für eine gerechte weltweite Verteilung der Impfstoffe einsetzen, müssen gefördert werden. Eine Steigerung der Produktion ist möglich, wenn Impfstoffentwickler freiwillig kooperieren, Lizenzen mit anderen Herstellern teilen und sich bereit erklären, die notwendige Technologie zu transferieren. Ich bin überzeugt, dass die COVID-19-Impfstoffe öffentliche Güter sein sollten und wir grundsätzlich hinterfragen müssen, ob wir die Produktion und den Verkauf von Impfstoffen nur privaten Organisationen überlassen.

Es grüßt die Leser des BOTEN aus Niedersachsen

Bernd Lange, MdEP